

Landtags-SPD und Gewerkschaft NGG fordern: Mindestlöhne auch im Gastgewerbe

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Franz Maget** und der Vorsitzende des Landesbezirks Bayern der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), **Hans Hartl**, haben sich nach einem Treffen im Bayerischen Landtag für die Einführung von Mindestlöhnen im Gastgewerbe und in der Nahrungsmittelindustrie eingesetzt. In diesem Bereich liegen die niedrigsten Stundenlöhne bei drei bis vier Euro.

„Von solchen Hungerlöhnen kann aber niemand leben und seinen Alltag bestreiten“, stellt Maget fest. Hans Hartl verweist darauf, dass es in Deutschland auch ein Bundesurlaubsgesetz und gesetzliche Arbeitszeitregelungen gibt, die Grundlagen für die Tarifarbeit schaffen. „Warum nicht auch ein Mindestlohngesetz, das die Untergrenzen für Löhne und Gehälter festlegt?“, fragt Hans Hartl, der darauf hinweist, dass die Möglichkeit der Festsetzung von Mindestlöhnen bereits in Artikel 169 der Bayerischen Verfassung steht.

Auch für Franz Maget ist ein gesetzlicher Mindestlohn überfällig und ein Gebot der Stunde. Das Hotel- und Gaststättengewerbe sei der beste Beleg dafür, dass eine Erweiterung des Arbeitnehmerentendegesetzes auf weitere Branchen nicht mehr ausreicht. Dieser Weg setze nämlich bundesweit gültige Tarifverträge voraus, die es in dieser Branche nicht mehr gebe.

„Hier hilft nur noch eine gesetzliche Regelung. Ein Mindestlohn von 7,50 Euro ist unser Ziel. Für weniger soll niemand mehr in Deutschland arbeiten müssen“, erklärt Franz Maget.

Die Gewerkschaft NGG vertritt in Bayern rund 400 000 Beschäftigte im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Ernährungswirtschaft und im Handwerk.